



Im Festsaal der Industrie: Hager (KURIER), Haubner (ÖVP), Rosenkranz (FPÖ), Bures (SPÖ) und Prantner (C3 Communications)

Wenn drei Präsidenten ruhig in unruhigen Zeiten reden

Podium. Rosenkranz, Haubner und Bures diskutierten erstmals öffentlich

VON BERNHARD GAUL

Die Republik steht vor außerordentlichen Herausforderungen, beginnend bei der feindseligen Haltung von US-Präsident Donald Trump, dem Krieg in der Ukraine, bei dem Russland die Oberhand hat, und nicht zuletzt der schwierigen wirtschaftlichen Lage.

In seltener Besetzung legten der Kremser Walter Rosenkranz (FPÖ) als Erster Präsidentschaftskandidat im Jahr 2022, Peter Haubner (ÖVP) als Zweiter und die Liesingerin Doris Bures als Dritte Nationalratspräsidentin ihre Sicht der Dinge Montagabend im Haus der Industrie dar. Unter der fachkundigen Moderation von C3-Geschäftsführer Thomas Prantner und KURIER-Innenpolitik Ressortleiterin Johanna Hager diskutierten die drei über Wehrhaftigkeit und Neutralität, Verbesserungen des parlamentarischen Alltags und ob sie sich einander eignen könnten. Bei letztgenanntem Thema

Fakten

1. Präsident Walter Rosenkranz, Jahrgang 1962 gehört seit Jahrzehnten zu den prägenden Gesichtern der FPÖ und ist aktuell Erster Nationalratspräsident. Er war FPÖ-Präsidentschaftskandidat im Jahr 2022

2. Präsident Peter Haubner, Jahrgang 1960 aus Salzburg, war lange Jahr Generalsekretär des Wirtschaftsverbundes

3. Präsidentin Doris Bures, Jahrgang 1962, ist seit 1990 im Parlament, Verbesserungen des parlamentarischen Alltags und ob sie sich einander eignen könnten. Bei letztgenanntem Thema

zeigte es sich dann doch, dass es nicht ganz ohne Sticheleien ging. Zwar versicherten sich alle drei grundsätzlich der Wertschätzung, man lobte die Dialogbereitschaft und den Willen, Lösungen zu finden. Doch bei der Frage, ob sie sich gegenseitig auch gewählt hätten – musste Bures passen. „Sie haben, glaube ich, hundert Stimmen bekommen. Also haben sie 83 Abgeordnete nicht gewählt.“

Viel diskutiert wurde über die Öffnung des Parlaments für Besucher, was alle begrüßten, auch wenn Rosenkranz meinte, dass an Ausschusstagen nicht zu viele Besuchergruppen Einlass finden sollten.

Geopolitik

Einig war man sich bei der Sicht auf die neue geopolitische Lage, nachdem die USA wiederholt klargemacht hatten, Europa im Ernstfall nicht unbedingt zur Seite zu stehen. Was das heißt? „Wenn wir Frieden wollen, müssen wir in unsere Verteidigung investieren“, sag-

te Haubner. „Die wehrhafte Neutralität war der FPÖ immer ein Anliegen, meine Partei stellt die meisten Abgeordneten, die auch Milizsoldaten sind“, sagte Rosenkranz. Bures sah das differenzierter, schließlich gebe es längst Cyberangriffe und Manipulationen aus dem Ausland, wie das vor der Brexit-Abstimmung der Fall gewesen sei. Auch bei der Frage, ob die Neutralität heute verändert werden müsse, winkte Bures ab – das würde in der Bevölkerung nur für noch mehr Unsicherheit sorgen. Rosenkranz bekräftigte, warum es im Kern bei der Neutralität gehe: Keine Einmischung in kriegerische Auseinandersetzungen und keine Stationierung fremder Truppen.

Sollen U-Ausschüsse des Parlaments live im TV übertragen werden können? Bures spricht sich dafür aus, sofern das Parlament das beschließt. Dem schloss sich Rosenkranz an, Haubner ließ die Frage elegant aus.

Regierungsklausur: Sparsame Optik, rhetorische Disziplin

Koalition. Fokus auf Wirtschaftsankurbelung

Arbeitstreffen. Wir arbeiten. Auf diese zwei Wörter lässt sich der Inhalt verdichten, den die neue Bundesregierung zum Wochenstart vermitteln will. „Natürlich haben wir überlegt, ob wir für eine Klausur zwei Tage nach Niederösterreich fahren sollen“, sagt ein Regierungssprecher. Aber man habe sich bewusst gegen Fotos und Kamera-Aufnahmen im Grünen oder in Seminarhotels entschieden. „Die Menschen erwarten jetzt vor allem eines von uns, nämlich: dass zügig und ruhig gearbeitet wird. Und das soll passieren.“

Folgerichtig bemühen sich die Sprecher aller drei Parteien auffallend diszipliniert und konsequent, nicht einfach von einer Klausur, sondern von einer Arbeitsklausur zu sprechen, die ab heute, Dienstag, im Bundeskanzleramt stattfindet. Inszenatorisch wird die Veranstaltung wenig bis gar nicht vom allwöchentlichen Ministerrat zu unterscheiden sein.

Bis vielleicht auf die Tatsache, dass sich die Regierungsglieder Expertise von außen holen: Die Chefs des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) sowie des Instituts für Höhere Studien (IHS), Gabriel Felbermayr und Holger Bonin, sind zur Klausur geladen, um wirtschaftspolitisch zu beraten.

Impulse

Der Wunsch: ÖVP, SPÖ und Neos wollen Impulse zur Standortpolitik, dem Wirtschaftswachstum und dem Arbeitsmarkt entwickeln bzw. als bald setzen – und diese in den Ministerratsvortrag für Mittwoch gießen.

Die Volkspartei will beispielsweise erste Schritte einer „Industrie-Strategie“ vorlegen, der SPÖ geht es vor allem um die Frage der Inflationsbekämpfung – und wie man die Energiepreise in den Griff bekommt. Ungeachtet der inhaltlichen Vorschläge gilt als sicher, dass die Wirtschaftsforscher mit eher ernüchterten Zahlen aufwarten. Schon am Montag hat Wifo-Chef Felbermayr erklärt, dass über die nächsten fünf Jahre ein Konsolidierungsbedarf von rund 25 Milliarden Euro bestehe.

Ein Doppelbudget für die Jahre 2025 und 2026 reiche diesbezüglich nicht aus, es sei ein Plan für die gesamte Gesetzgebungsperiode vonnöten, sagte der Experte im Ö1-Radio.

Bislang hat sich die Dreier-Koalition darauf verständigt, im Jahr 2025 rund 6,3 Milliarden und 2026 rund 8,7 Milliarden Euro einzusparen. Gleichzeitig brauche es aber konjunkturbelebende Maßnahmen, sagt Felbermayr – schließlich könne 2025 ein weiteres Rezessionsjahr werden.

Ausnehmend diszipliniert sind die Vertreter der drei Regierungsparteien vorerst bei ideologisch motivierten Forderungen und in Interviews. „Das ist kein Zufall“, heißt es im Umfeld der Parteichefs. Tatsächlich habe man sich darauf verständigt, bei öffentlichen Auftritten auf die nötige Budgetsanierung zu verzichten. „Wir alle wissen“, sagt ein Regierungssprecher, „dass gegenseitige Provokationen nur eines bedeuten: Alle drei verlieren.“ **C. BÖHMER**



Mein-Reisiger, Stocker und Babler: Die Wirtschafts- und die sanierte Budget bleiben die großen Themen für die Regierung

Die Bischöfe nehmen das Programm der Regierung unter die Lupe

Die Frühjahrskonferenz findet in Pannonhalma bei Győr statt. Damit will man die Beziehungen zur ungarischen Kirche auffrischen

Kirche. Es ist ein ungewöhnlicher Ort, an dem sich am Montag die österreichischen Bischöfe zur alljährlichen Frühjahrskonferenz getroffen haben. Getagt wird diesmal in der ungarischen Benediktiner-Erzabtei Pannonhalma südlich der Stadt Győr. Vor Beginn der Tagung gab es in Győr eine Aussprache mit Bischof András Veres, dem Vorsitzenden der ungarischen Bischofskonferenz.

Weniger Katholiken

Warum Österreichs katholische Würdenträger gerade jetzt ihre Tagung, die eigentlich in Eisenstadt stattfinden hätte sollen, in die Abtei Pannonhalma verlegten, hat Fragen aufgeworfen. Vor allem im Hinblick auf die derzeit



Erzbischof Franz Lackner, Vorsitzender der Bischofskonferenz

umstrittene Rolle des ungarischen Premierministers Viktor Orbán innerhalb der EU. Die beiden Bischofskonferenzen hatten in der Vergangenheit eine sehr enge Beziehung. Zuletzt hatte man sich

in den Jahren 2006 und 2008 getroffen. Jetzt will man mit der Verlegung nach Ungarn die Beziehungen wieder auffrischen.

Die Idee dazu war von Eisenstadts Diözesanbischof Agidius Zsifkovics gekommen. Wie Salzburgs Erzbischof Franz Lackner, Vorsitzender der Bischofskonferenz, nach dem Treffen mit seinem ungarischen Bischofskollegen gegenüber der *kathpress* kurz berichtete, war der Staat dann schon auch ein Thema gewesen.

Staat und Kirche

Es ging unter anderem um das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, um den Religionsunterricht sowie die Kirchenfinanzierung. In Ungarn

ist man hauptsächlich auf staatliche Zuschüsse und Spenden angewiesen. Was Österreich und Ungarn hingegen gemein haben: In beiden Staaten haben die Bischöfe mit Rückgängen bei der Zahl der Katholiken zu kämpfen.

Bei der Bischofskonferenz wird ab Dienstag neben innerkirchlichen Fragen auch die aktuelle gesellschaftliche und kirchliche Situation in Österreich besprochen. Insbesondere nach der Regierungsbildung, wie Generalsekretär Peter Schipka erklärte.

Mit Spannung wird dabei darauf geschaut, wie die Bischöfe zum Stopp des Familienanzugs bei Flüchtlingen stehen. Diese Maßnahme hat Türkis-Rot-Pink im Regierung

programm niedergeschrieben. Für die Umsetzung ist das Innenministerium zuständig.

Ohne Kardinal

Die Bischofskonferenz tagt diesmal in veränderter Besetzung. Es ist die erste Konferenz seit 1991, an der emeritierte Wiener Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn nicht mehr teilnimmt.

Für die Erzdiözese Wien wird Josef Grünwidl dabei sein. Er wurde vom Vatikan als Apostolischer Administrator für die Zeit eingesetzt, in der es noch keinen neuen Erzbischof gibt. Erstmals dabei ist auch der neue Grazer Weihbischof Johannes Freitag. **MAG**

Wienwahl: Die FPÖ und die Türken

Stadtpolitik. FPÖ und ÖVP setzen im Wienwahlkampf auf eine harte Linie bei der Integration, versuchen aber gleichzeitig Menschen mit Migrationshintergrund anzusprechen. Doch nun ist ein Streit entbrannt

VON AGNES PREUSSER

Den Ton, der in einigen Parteiaussendungen am Wochenende angeschlagen wurde, kann man durchaus als rau bezeichnen. Die FPÖ sei „peinlich“ und übe „Verrat an der eigenen Basis“, ließ Karl Mahrer, Parteichef der Wiener ÖVP, am Samstag wissen. Der blaue LandesparteiSekretär Lukas Brucker antwortete prompt: „Afganen-Mahrer sollte lieber ruhig sein.“

Was war passiert? Laut Recherchen des *Profil* bezahlte die FPÖ Werbeanzeigen auf Türkisch und hielt eine Pressekonferenz nur für türkische Medienvertreter – die Blauen bestreiten das.

Für die ÖVP war das ein gefundenes Fressen. Die blauen Kontrahenten wurden als ungläubwürdig mit einer Nähe zum politischen Islam (siehe rechts) bezeichnet. Die Strategie der Stadt-Türken ist klar – nach den eher schlechten Umfrageergebnissen wittert man nun die Chance, wieder Stimmen von der FPÖ zurückzugewinnen. Dass das von Erfolg gekrönt ist, bezweifelt Politikexpertin Thomas Hofer. „Es ist zwar unangenehm, den blauen Stammwählern die Linie zu erklären, aber man darf das auch nicht überschätzen.“

Konservative Milieus

Grundsätzlich sei es für die FPÖ und die ÖVP jedenfalls sinnvoll, sich um die migrantischen Communitys zu bemühen. „Diese Milieus sind gesellschaftspolitisch oft rechts der Mitte angesiedelt, erklärt Hofer – also für Blau und Türkis attraktiv.

„Österreicher mit Migrationshintergrund sind oft konservativ, da sie nicht wollen, dass illegale bzw. kriminelle Asylwerber das zerstören, was sie sich selbst aufgebaut haben. In dieser Bevölkerungsgruppe kenne ich niemanden, der sich von einem Kreuz diskriminiert fühlt oder sich gegen



In Wien gibt es rund 200.000 Wählerinnen und Wähler mit Migrationshintergrund

Definitionen

Politischer Islam Laut Dokumentationsstelle Politischer Islam: „Herrschaftsideologie, die die Umgestaltung bzw. Beeinflussung von Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von solchen Werten und Normen anstrebt, die von deren Verfechtern als islamisch angesehen werden, die aber im Widerspruch zu den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates und den Menschenrechten stehen“

Atib

ist der größte muslimische Verband in Österreich, vertritt den sunnitischen Islam und stellt den Moscheegemeinden staatliche Imame aus der Türkei zur Verfügung. Der Verband gilt als verlängertes Arm der türkischen Religionsbehörde Dyanet und Erdoğan's AKP-Partei

Deutschpflicht wehrt“, sagt Leonhard Wassig, Bezirksparteichef der ÖVP Floridsdorf und jener Mann, wegen dem die FPÖ den Ausdruck „Afganen-Mahrer“ bemüht. Wassig ist der Sohn afghanischer Eltern. Bei der ÖVP er als das Gesicht für erfolgreiche Integration.

Dass die FPÖ darauf anspielt, dass es rund um seine Ernennung zum Bezirksparteibeamten Gerüchte gab, dass er „mit Familiencans und fremdländischen Freunden“, wie die *Krone* damals schrieb, die Wahl manipuliere, ist für ihn „schlichtweg falsch und rassistisch, in meinem Vorstand sind ausschließlich Österreicher und am Parteitag war kein einziger Afghane“.

Strache mischt mit

Auch wenn man sich gegenseitig vorwirft, sich anzubiedern, will niemand gänzlich die Wählerinnen und Wähler mit Migrationshintergrund

vergrämen – immerhin gibt es in Wien rund 200.000 davon.

Im Fall der FPÖ klingt das so: Man ziehe eine Trennlinie zwischen jenen, die sich „integriert haben, fleißig arbeiten, die deutsche Sprache gelernt haben“ und den anderen. Die ÖVP versucht sich indes an einer Plakatkampagne, auf der unter anderem „Deutsch ist Pflicht. Habibi“ zu lesen ist.

Neu ist das Umgarnen bestimmter Bevölkerungsgruppen jedenfalls nicht. Der ehemalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache warb einst mit „Liebe deine Nächsten“ und versah ein Inserat im Magazin *Kosmo* mit dem Zusatz „Für mich sind das auch gut integrierte Zuwanderer“. Konkret wurde die serbische Community damit angesprochen.

Strache, der ebenfalls händelnd um Wählerstimmen kämpft, hat sich in der Causa rund um die FPÖ auch bereits zu Wort gemeldet: „Die An-

biederung der FPÖ Wien an den politischen Islam ist unerträglich und ein Verrat an Freiheitlichen Wählern“.

Roter Vorteil

Die SPÖ ist bei Wählern mit Migrationshintergrund übrigens auch keine zu vernachlässigende Größe: Bei der Wien-Wahl 2020 haben laut OGM-Institut sowohl in Serbien als auch in der Türkei geborene Österreicher mit 45 bzw. 46 Prozent öfter die SPÖ gewählt als die Gesamtbevölkerung, die mit 41,6 Prozent für die Roten votierte. Grüne, Neos und ÖVP waren schlechter angeschrieben als in der Gesamtbevölkerung, die FPÖ bei den in Serbien geborenen Österreichern leicht besser.

Trotz dieses Vorteils will Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ), dass das Wahlrecht weiterhin an die österreichische Staatsbürgerschaft geknüpft bleibt, wie er am Montag betonte.

ÖVP Wien: FPÖ auf gefährlichem Stimmenfang

Politischer Islam. Sie sei alarmiert, sagt Caroline Hungerländer, Integrationssprecherin der ÖVP Wien, beim Pressegespräch angesichts der aktuellen Berichterstattung im *Profil* über die Annäherung der FPÖ an den politischen Islam. Dass etwa Leo Lugner (FPÖ Wien) beim Pressegespräch angesichts der aktuellen Berichterstattung im *Profil* über die Annäherung der FPÖ an den politischen Islam. Dass etwa Leo Lugner (FPÖ Wien) beim Pressegespräch angesichts der aktuellen Berichterstattung im *Profil* über die Annäherung der FPÖ an den politischen Islam. Dass etwa Leo Lugner (FPÖ Wien) beim Pressegespräch angesichts der aktuellen Berichterstattung im *Profil* über die Annäherung der FPÖ an den politischen Islam. Denn schließlich sei Atib der verlängerte Arm der Erdoğan-Regierung in der Türkei.

In die Mitte geholt

„Wenn die FPÖ im politischen Islam auf Stimmenfang geht, muss sie ihn auch vertreten“, sagt Hungerländer. Und so werde die türkische Regierung und der politische Islam in den Wiener Gemeinderat geholt. Was Atib und FPÖ ein? „Es sind beides Nationalismus-Organisationen“, so die Integrationssprecherin. Und durch Fotos mit Politikern würde Atib vom Rand in die Mitte der Gesellschaft geholt und salonfähig gemacht.

In der *ZIB 2* verteidigt Wiens FPÖ-Chef Dominik Nepp den Parteikollegen. Bei Türken handle es sich „um Menschen, die sich integriert haben, brav arbeiten gehen und die Sprache gelernt haben.“ Sie seien Teil der Gesellschaft. **AAN**

Nehammer zur Befreiung Tal Shohams: „Ein Wunder“

Der Ex-Kanzler brach seinen Vorsatz, überhaupt keine Interviews mehr zu geben

Geiselfreiung. Karl Nehammer hat ihn nicht ganz durchgehalten, seinen Vorsatz vom 6. Jänner: Es war der Tag, an dem der ÖVP-Chef und Bundeskanzler alles hinter sich lassen wollte – er überließ Partei und Regierung anderen. Damit seine Motive klar werden, nahm Nehammer die vierte und letzte Folge seines Podcasts „Karl, wie geht's?“ auf. Und hier legte er sich insofern fest, als er „nicht mehr öffentlich kommunizieren werde“. Er wolle kein „Balkon-Muppet“ sein, der Interviews gibt und von der Seitenlinie der Innenpolitik das Geschehen kommentiert.

Was die Innenpolitik angeht, hat Nehammer gehalten. Aber ganz ohne Inter-



Karl Nehammer hat viel mit der Familie Tal Shohams telefoniert. Die Hamas entwürdigte die Menschen

views schafft er es dann doch nicht. Montag Abend meldete sich der frühere Kanzler auf *puls 24* zu Wort.

Emotional beschrieb Nehammer seine Rolle bei den Verhandlungen über die Freilassung der österreichisch-israelischen Geisel Tal

Shoham. „Es ist ein Wunder“, sagte Nehammer über die Befreiung, an der nicht nur heimische Nachrichten- und Außenministerium, sondern auch andere Länder, von Brasilien bis Indien, ihren Anteil gehabt hätten. Nehammer ließ keinen

Zweifel, auf welcher Seite Österreich steht – nämlich auf jener der Geiseln.

Der Umgang der Hamas mit den Entführten und ihren Familien sei „entwürdigend“ und entmenslichend.“ Dessen ungeachtet müsse alles getan werden, um den Konflikt beizulegen. Nehammer machte auch klar, wie tief die Verstörung in der Bevölkerung Israels sitzt. Denn an den Terror-Anschlägen seien ausgerichtet Palästinenser und Araber beteiligt gewesen, die vermeintlich friedlich mit den Israelis zusammengeliebt und deren Kinder in israelischen Spitälern behandelt worden seien. „Da stellt sich die Frage: Wem kann man noch trauen?“ **C. BÖHMER**

Überblick WEITERE MELDUNGEN

Kanzler beriet sich mit Asyl-Kommissar

Wien-Visite. Im Vorfeld des EU-Gipfels beriet sich Kanzler Christian Stocker mit EU-Kommissar Magnus Brunner in Wien über den Kampf gegen illegale Migration. „Wir nutzen alle nationalen Möglichkeiten, um illegale Migration zurückzuführen. Es sind darüber hinaus die richtigen Weichenstellungen auf europäischer Ebene notwendig. Wir brauchen ein funktionierendes Asylsystem für Europa, das illegale Einreisversuche einen Riegel vorschiebt“, so Stocker. Brunners Vorschlag für eine neue Rückführungsverordnung sei ein wichtiger Teil der Asyl-Trendwende.

1,6 Mio. Menschen leben alleine

Statistik. „Der Trend zu Einsamkeitsproblemen ist ungebrochen“, sagt Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas: 1,6 Millionen Menschen lebten im Vorjahr allein – das sind um 430.000 Personen mehr als vor 20 Jahren. Die häufigste Gruppe der Alleinlebenden sind nach wie vor Frauen ab 65 Jahren. Der Anteil jener, die in einer Partnerschaft leben, ist im gleichen Zeitraum nahezu stabil bei knapp der Hälfte der Bevölkerung geblieben – das sind 4,4 Millionen Menschen. Allerdings steigt der Anteil jener, die ohne Trauschein zusammenwohnen (von 7,3 auf 9,9 Prozent).